



**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Fürstfeldbruck**  
c/o Dr. Martin Runge und Beate Walter-Rosenheimer

Antrag für die LDK in Bamberg am 21./22. November 2009

Die LDK möge folgende Resolution zur Olympiabewerbung „München + 2“ diskutieren und beschließen

### **Nein zur Olympia-Bewerbung *München + 2***

Unter dem Motto und mit dem Konzept „München + 2“ bewerben sich aktuell München, Garmisch-Partenkirchen, Oberammergau und Schönau/Königssee (getragen dort vom Landkreis) als Austragungsorte für die Olympischen Winterspiele/Paralympics 2018. Ein Markenzeichen des Werbens um den Zuschlag für die Olympischen Winterspiele 2018 ist das Versprechen von „Spielen mit einer starken ökologischen Orientierung“ ja von „klimaneutralen“, „nachhaltigen“ und „ökologisch beispielhaften“ Spielen. Gleichzeitig ist davon die Rede, die interessierte Öffentlichkeit und Nicht-Regierungs-Organisationen in den Planungsprozess einzubinden. Die vorliegende Konzeption sieht allerdings alles andere als ökologisch vorbildliche Spiele vor. Auch bleiben Transparenz und Partizipation Wunschdenken. Ganz wesentliches Argument gegen die Bewerbung sind schließlich die Milliardenkosten, die auf die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen zukommen würden.

#### ***Das Konzept „München + 2“ schließt ökologisch nachhaltige Spiele gerade aus***

Klimaneutrale Spiele gibt es nicht, aber selbstverständlich kann es mehr oder weniger umwelt- und klimabelastende Sportveranstaltungen geben und demzufolge auch solche Spiele, die im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz Vorbild- und Vorreiterfunktion übernehmen können. Bei der Konzeption „München + 2“, Basis der aktuellen Olympiabewerbung, ist dieses jedoch nicht mehr möglich. Mit Ruhpolding und Oberstdorf wird bewusst auf Veranstaltungsorte mit vorhandenen Sportstätten, mit bestehender, gut ausgebauter Sportinfrastruktur verzichtet, was bedeutet, dass für die Biathlon- und für die Langlaufwettbewerbe ganz neue Sportstätten errichtet werden müssen. Wenig vereinbar mit dem Anspruch nach „klimaneutralen“, „nachhaltigen“ und „ökologisch beispielhaften“ Spielen ist auch die Tatsache, dass alle Skiwettkampfstätten künstlich beschneit werden können müssen. Wettbewerbe im alpinen Skisport in Garmisch-Partenkirchen mit seinen nur mäßigen Höhenlagen austragen zu wollen, ist in Zeiten des Klimawandels kaum das richtige Signal.

Die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele wird auch instrumentalisiert, um Verkehrsprojekte, die wir GRÜNE aus haushaltspolitischen wie auch aus umwelt- und gesundheitsschutzpolitischen Gründen heraus sehr kritisch sehen, zu befördern. Beispiele hierfür sind der Kramer-tunnel in seiner ungünstigen Variante in Garmisch, der Ausbau der A 8 auf sechs Fahrspuren

oder der Bau einer zweiten S-Bahn-Röhre in München. Das Eckpunktepapier zum Umweltkonzept enthält zwar mehrere ambitionierte und begrüßenswerte Einzelmaßnahmen wie den Bau der Unterkünfte im Plus-Energiestandard. Aber allein schon aufgrund der Tatsache des Ausklammersns bestehender Sportstätten ist das Umweltkonzept eher unter der Rubrik „Greenwashing“ zu verbuchen.

### ***Transparenz und Partizipation Fehlanzeige – bedingungslose Unterwerfung unter die Vorgaben des IOC***

Hinterfragt werden müssen auch die Rolle und die Kompetenzen des IOC im Verhältnis zu Staat/Veranstaltungsort/Steuerzahler im Land der jeweiligen Spiele. Hier verfügt das IOC über eine immense Kompetenz-, ja Machtfülle. Den Veranstaltungsorten und -ländern werden Konditionen und Pflichten bis ins kleinste Detail diktiert. Während letztere und damit die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen massiv Kosten und Lasten zu tragen haben, fährt das IOC mit den Spielen dicke Gewinne ein. Erst vor wenigen Monaten wurde das IOC von der Stiftung „One World Trust“ mit dem Titel des intransparentesten Unternehmens „geadelt“. Das IOC lässt sich von keinem Unternehmen, von keiner anderen Organisation überbieten, was fehlende Transparenz, fehlende Kontrollmöglichkeiten sowie unzureichende demokratische Strukturen anbelangt. Hier von einer Einbindung der interessierten Öffentlichkeit und von Nicht-Regierungs-Organisationen in „einem transparenten und demokratischen Planungsprozess“ zu träumen, ist abwegig.

Selbst Münchens OB Christian Ude, einer der eifrigsten Trommler für die Spiele, nannte erst kürzlich die Vorgaben des IOC zur Verteilung von Kosten, Chancen und Risiken in aller Öffentlichkeit „eine Zumutung“. Das Diktat des IOC in jedem Punkt mit zu tragen bzw. zu ertragen, mit der Begründung, dass es ansonsten anderenorts, dann beispielsweise unter schlechteren Bedingungen für Natur und Umwelt, zu den Spielen kommen würde, halten wir für falsch, ja für erbärmlich. Denn wenn immer wieder an jedem Ort und von jedem Entscheidungsträger so verfahren wird, dann müssen sich Großorganisationen wie das IOC, aber auch die FIFA niemals in ihrem intransparenten, undemokratischen und auch erpresserischen Verhalten ändern.

Schließlich sollte es sich auch verbieten, derartige Großveranstaltungen an den Menschen vor Ort vorbei zu planen und aus der Taufe heben zu wollen. Gerade in Garmisch, aber auch in Oberammergau und im Landkreis Berchtesgaden wächst das Unwohlsein, ja gibt es breit getragenen und offenen Widerstand gegen das Vorhaben. Besorgnis um Natur und Umwelt, Erwartung von Ärger mit Groß- und Dauerbaustellen, Sorge um die Gemeindefinanzen sowie Ungewissheit über Nutzungsausfälle bei landwirtschaftlichem Grund kommen hier zum Ausdruck. Mitverantwortlich ist hierfür, dass einschlägig relevante Informationen immer nur scheinbar gegeben werden, dass es also bereits jetzt an Transparenz mangelt.

### ***Milliardenprojekt Olympia – der Nutzen für einige wenige, die Kosten und Lasten für die Allgemeinheit***

Wie oben bereits ausgeführt diktiert das IOC den Veranstaltungsorten die Konditionen und Pflichten bis ins kleinste Detail. Umgekehrt sind die Kosten und Lasten, die die Spiele verursachen, im wesentlichen von den Kommunen und den Veranstaltungsländern, also von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen zu tragen. Erst vor wenigen Tagen gewährte der Münchner Stadtrat dem IOC einen Freibrief, indem er zustimmte, dass die Stadt die gesamtschuldnerische Haftung für die Kosten der Spiele in München übernimmt. Anders als immer wieder zugesagt,

müssen bereits jetzt die Kosten der Bewerbung zu einem großen Teil von öffentlichen Unternehmen, beispielsweise von der Flughafen München GmbH oder vom Sparkassenverband und von den örtlichen Sparkassen, übernommen werden.

Aktuell werden die zu erwartenden Kosten für die Spiele in München, Garmisch, Oberammergau und Schönau auf 2,9 bis 3,5 Milliarden Euro beziffert, wobei die Investitionskosten für Verkehrsinfrastruktur, olympische Unterkünfte und Sportstätten in geschätzter Höhe zwischen 1,4 und 2,3 Milliarden Euro von Bund, Freistaat Bayern und den Kommunen zu tragen sind. Die Finanzsituation gerade von Garmisch und Oberammergau ist bekanntlich alles andere als rosig, lässt also eigentlich keinerlei weitere Sprünge mehr zu. Aber auch in der Landeshauptstadt München muss mehr und mehr der Rotstift angesetzt werden. Die Kosten für die für Olympia notwendigen Investitionen im Stadtgebiet werden auf etwa eine Milliarde Euro geschätzt, wobei hiervon wiederum knapp die Hälfte von Bund und Freistaat aufgebracht werden soll. Es ist davon auszugehen, dass die öffentlichen Mittel, die für Infrastruktur in den Olympia-Orten fließen, an anderer Stelle dann fehlen.

Auch belegen die Erfahrungen, dass die Kosten für Olympische Spiele in der Regel explodieren. Wie die Beispiele Vancouver oder London zeigen, drohen die Kosten innerhalb kurzer Zeit auf ein Mehrfaches der ursprünglich angesetzten Zahlen anzusteigen. Empirische Befunde wie auch wissenschaftliche Untersuchungen belegen im Übrigen, dass der gesamtwirtschaftliche Nutzen derartiger Großsportereignisse in der Regel wesentlich geringer ist, als die von den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen zu tragenden Kosten.

Aus den oben genannten Gründen spricht sich der Bayerische Landesverband von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegen die Olympia-Bewerbung „München + 2“ aus.

Antragsteller: Dr. Martin Runge und Beate Walter-Rosenheimer (für den KV Fürstenfeldbruck)

Unterstützt von: Renate Ackermann (KV Ansbach), Karl Bär (KV Miesbach), Sylvio Bohr (KV München-Stadt), Dr. Sepp Dürr (KV Fürstenfeldbruck), Korbinian Freier (KV Garmisch-Patenkirchen), Markus Ganserer (KV Nürnberg), Ulrike Gote (KV Bayreuth-Stadt), Ludwig Hartmann (KV Landsberg), Nikolaus Hoenning (KV München-Stadt), Dr. Toni Hofreiter (KV München-Land), Sepp Hohlweger (KV Traunstein), Dieter Janecek (KV München-Stadt), Veronika Jones (KV Garmisch-Partenkirchen), Gisela Kainz (KV München-Stadt), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Uwe Kekeritz (KV Neustadt-Aisch), Andreas Keller (KV Garmisch), Fabian Lieke (KV Lindau), Dr. Christian Magerl (KV Freising), Gerhard Marx (KV Berchtesgadener Land), Dagmar Mosch (KV München-Stadt), Sabine Ponath (KV Traunstein), Samuel Raz (KV Dachau), Hanna Sammüller (KV München-Stadt), Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Lucia Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Katharina Schulze (KV München-Stadt), Anna Seliger (KV München-Stadt), Adi Sprinkart (KV Oberallgäu), Florian Sperk (KV München-Stadt), Christine Stahl (KV Nürnberg), Claudia Stamm (KV München-Stadt), Susanna Tausendfreund (KV München-Land), Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener Land), Paul Wildenauer, (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Dr. Bartl Wimmer (KV Berchtesgadener Land), Prof. Bernhard Zimmer (KV Berchtesgadener Land)

(Basis dieses Resolutionstextes ist eine Positionierung des Kreisverbandes FFB, beschlossen auf der Kreisversammlung am 7. Oktober 2009 mit 25 Stimmen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung, zuvor einstimmig beschlossen im Kreisvorstand am 2. April 2009)